

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haagenstein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidentbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerthmann,
Eberfeld M. Thienes, Greifswald C. Mies, Halle v. S.
Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Endlich hat man in Nordamerika das Schweigen über die Kämpfe vor Santiago de Cuba gebrochen und versucht, eine Darlegung und Erklärung der Vorwissenisse vom Dienstag zu geben. Allerdings fehlt der Darstellung der amtliche Charakter und zum guten Theil auch der Stempel der Zuverlässigkeit, ja der inneren Wahrscheinlichkeit, jedenfalls aber wird doch darin zugestanden, daß der amerikanische Angriff zurückgeschlagen wurde, und daß das Geschwader Schley's Verluste erlitten hat. Der Washingtoner Korrespondent der „Newyorker World“ telegraphirte gestern diesem Blatte: Das Marineamt hat den Kommodore Schley angewiesen, er solle weder versuchen, Santiago zu nehmen, noch die Forts von Santiago zum Schweigen zu bringen. In dem Falle, daß das Geschwader Cerberas versuchen sollte, zu entfliehen, sollte Schley dasselbe, sobald es auf die hohe See außerhals des Bereichs der Batterien gekommen sei, nur festhalten. Seit dem Fiasko des Bombardements von San Juan de Portorico ist das Marineamt peinlich darauf bedacht, erfolglose Bombardements zu vermeiden, die nur als Schlappen den Amerikaner ausgelegt werden würden. Aus diesem Grunde gab man Schley ein Geschwader, das zwar stark genug ist, um Cerbera festzuhalten, aber nicht stark genug, ihn in die Verfolgung zu bringen. Dewey's Aktion nachzuahmen, selbst wenn er dazu verlockt werden sollte. Als Schley am Dienstag Morgen bemerkte, daß die Spanier damit beschäftigt waren, die Forts am Eingang des Hafens von Santiago auszubessern, begann er das Bombardement, um die Spanier an der Fortführung dieser Arbeiten zu verhindern. Das Bombardement dauerte eine Stunde. Die Spanier erwiderten das Feuer energisch und verließen ihre im Kampfe ergronnenen Stellungen nicht, trotzdem die Granaten und die Trümmerrüste wie ein Hagel um sie herum niederfielen. Das Feuer der spanischen Batterien war im Allgemeinen wenig wirkungsvoll, insofern wurde doch der amerikanische Hilfskreuzer „Harvard“ beschädigt. Das Kastell Morro wurde durch die Kanonade in Trümmer gelegt. Schley zog sich erst zurück, als das, was er sich vorhergelehrt hatte, erreicht war. Er hat gar nicht daran gedacht, die Einfahrt in den Hafen zu forciren. Das Marineamt wird einen eifrigsten Angriff durch die Flotte erst anordnen, wenn ein überlegenes Geschwader vor Santiago versammelt ist und gleichzeitig ein Angriff zu Lande gemacht werden kann, bei dem die Amerikaner auf Unterstützung durch die Insurgenten rechnen können mit denen Schley in den letzten Tagen in stetiger Verbindung gestanden hat.

Wie wir an diesem Berichte Wahrheit und wie viel Schönsfärberei ist, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit feststellen. Aber die bisherigen Leistungen der amerikanischen Kriegsverichterstattung lassen den Schluß zu, daß es der amerikanischen Flotte des Kommoore Schley doch wesentlich schlechter ergangen ist, als man da liest. Wenn die „World“ zum Beispiel von der „Demolirung“ des Forts Morro spricht, so stehen dem die direkten Angaben von spanischer Seite, daß der Erfolg des Bombardements gleich Null gewesen wäre, ganz entgegen. Und wenn man die spanischen Meldungen von der starken Beschädigung von mindestens drei amerikanischen Schiffen auch nicht aus Worten zu glauben braucht, so steht es doch fest, daß zum Wenigsten eins in dem Kampfe stark havariert worden ist. „World“ weiß aber kein Wort davon. Daß die Amerikaner nur eine Gefognoszirung unternommen haben, was ja von Anfang an wahrscheinlich schien, ist neuerdings ja auch unglauwbürdig geworden, weil für eine solche Gefognoszirung doch etwas zu starke Mittel an Gemeinheit und zu viel auf Spiel gesetzt wurde. Ob aber, auch wenn die Gefognoszirung wirklich der einzige Zweck war, dieser auch erreicht worden ist, wird dadurch in Frage gestellt, weil sich neuerdings die Meldungen mehren, daß Gerberos gar nicht mehr im Hafen von Santiago war, als der Kampf stattfand; er soll dort nur das der Reparatur bedürftige Kriegsschiff „Colon“ zurückgelassen haben, und im Uebrigen „verschunden“ sein.

Eine Gesinde in Newhork vorliegende Depesche aus Port Antonio (Jamaika) meldet dagegen bei dem Gesichte vor Santiago am Dienstag, der „Grijalbo Colon“ von zwei Granaten des „Massachusets“ getroffen worden. Die Spanier hätten etwa 300 Schiffe abgegeben, die Amerikaner nur etwa den vierten Theil dieser Zahl. Kein amerikanisches Schiff sei getroffen und auch kein Mann verletzt worden. Die Verluste der Spanier seien unbedeutend.

Einer Depesche aus Kap Haitien zufolge wurde ein Entscheidungskampf bei Santiago gestern erwartet.

Es sieht fast so aus, als ob noch im gegenwärtigen spanisch-amerikanischen Kriege ein Unterwasser-Torpedoboot eine Rolle spielen sollte; denn dieser Tage wurde aus Amerika drabwärts berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das von dem Erfinder J. P. Holland erfundene Unterwasserboot „Holland“ gekauft hätte, mit dem unlängst eine Probefahrt ausgeführt wurde, die ein günstiges Ergebnis gehabt haben soll. Bisher haben Unterwasserboote, mit denen sich erfinderische Köpfe schon seit langen Zeiten beschäftigt, nur in Romanen und Theaterskizzen ihre wunderbaren Thaten unter Wasser ausgeführt, doch konnte man vor einiger Zeit lesen, daß dem Amerikaner Simon Lake in Baltimore die Herstellung eines für Verlegung der breiten bestimmten Unterwasserbootes glücklich wäre. Was den „Holland“ betrifft, so war dieses Unterwasserboot, das im Vortheil einem Torpedoraum entfällt, ursprünglich der englischen Regierung angeboten, von dieser aber abgelehnt worden. Das Fahrzeug schwimmt unter gewöhnlichen Verhältnissen auf dem Wasser, wie jedes andere Schiff, taucht aber vollständig unter Wasser, wenn es in die Nähe eines feindlichen Kriegsschiffes kommt, um dann gegen letzteres seine Torpedos abzufeuern. In seinem Innern gleicht der „Holland“, der eine Länge von 83 Fuß hat, einer Zigarre. Der aus dem Deck sich erhebende Schornstein ist wie ein Fernrohr konstruirt und kann eingezogen werden, worauf die Desynnung geschlossen wird. An

stellen, wo dies erforderlich ist, sind Fenster mit außerordentlich starkem Glas, das dem Wasserdruck Stand hält, angebracht. Ueber Wasser wird das Fahrzeug mittels Dampf, unter Wasser mittels Elektricität von Akkumulatoren getrieben, die eine so hinreichende Ladung enthalten, daß das Fahrzeug mehrere Stunden unter Wasser gehalten werden kann. Dreunmätal wird nur in flüssiger Form mitgeführt, nämlich Del. Soll das Schiff gesenkt werden, öffnet man gewisse Ventile, worauf Wasser in verschiedene im Schiffsrann verteilte Wasserstands stromt, und mittels des Ruders und Propellers kann das Fahrzeug in die verschiedensten Lagen gebracht und gesenkt und gehoben werden. Unter Wasser wird das Fahrzeug mit der elektrischen Maschine weiter getrieben; während es aber auf dem Wasser mit einer Geschwindigkeit von 16 Knoten geht, erreicht es unter Wasser nur die Hälfte dierer Fahrt, kann diese jedoch zehn Minuten hindurch aufrechterhalten. Die Besatzung besteht aus acht Mann; Salon, Kabinen oder Küche sind nicht vorhanden. Die innere Einrichtung des „Holland“ wird als ein kleines Wunderwerk mechanischer Kunst bezeichnet, und jeder verfügbare Raum ist für einen Theil des verwickelten Mechanismus in Anspruch genommen. Der Schiffsrumpf hat natürlich eine äußerst solide Konstruktion. Auf dem Wasser ist das Displacement 65 Tons, mit zehn Tons Wasser in den Schotten sinkt das Fahrzeug 50 Fuß, geht dann aber nicht tiefer. Die erforderliche Luft, die für den Aufenthalt unter dem Wasser nöthig ist, wird in acht zylinderförmigen Behältern aufbewahrt; jeder Behälter faßt 30 Kubitfuß zu einem Druck von 3000 Pfund auf den Quadratzoll. Die Behälter befinden sich längs der Seiten des Fahrzeugs und die Luft geht erst durch zwei Zylinder, wo der Druck automatisch auf 50 bezw. 10 Pfund verringert wird, ehe die Luft im Fahrzeug ausgelassen wird, um eingeathmet zu werden. Der „Holland“ führt eine Ladung von sieben Torpedos und nach jedem Stuß wird der Verlust an Gewicht, der durch Abfeuern eines Torpedos entsteht, durch ein entsprechendes Gewicht Wasser ersetzt. Damit die Besatzung beobachten kann, was über dem Wasser vorgeht, wenn sich das Fahrzeug unter Wasser befindet, ist eine sinnreiche Anordnung mit einer Camera lucida vorhanden. Ein Fernrohr wird aus dem Innern des Bootes durch das Deck geschoben und braucht nur einen Augenblick über dem Wasser zu sein, um einen Abrdruck der Scenerie dort her vorzubringen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dies Fahrzeug eine fürchterliche Waffe gegen Kriegsschiffe sein muß, wenn es hält, was es verspricht, da es im Stande ist, sich unbemerkt dem Feinde zu nähern und sein unheimliches Zerstörungswerk auszuführen, während ein Torpedoboot sich schon auf zehn Meilen Entfernung durch seinen Rauch verräth. Ob der „Holland“ die entscheidende Rolle, die ihm sein Erfinder zugebachet hat, durchzuführen kann, muß sich ja bald herausstellen.

Der Kaiser hat dem Zeughaufe eine Zahl interpanter Gegenstände überwiefen. In erster Reihe stehen Uniformen, die der Kaiser Wilhelm I. getragen hat. Sodann ist herporgehoben der Degen des Herzogs Ferdinand von Braunfchweig, den die Baronin Steiger in Graz unferem Kaiser gewidmet hat. Einlich wurden die vom Fabrikanten K. Berlich in Berlin dargebrachten fedshundzweigfarbigen Uniformformen der preußifchen Garde-Gruppen 1870/71 und der Leibregimenter Kaiser Wilhelm's I. dem Zeughaufe überwiefen. Das Kriegsministerium widmete u. A. das Säcular-Jahresband des 2. Bataillons Kaiser Franz-Garde-Granadier-Regiments Nr. 2, das Generalcommando des 5. Armeekorps einen Tambourfab des 29. franzöfifchen Linien-Infanterie-Regiments 1870/71. Ferner fchenkten der kaiserliche Hofkammer Freiber von Saurma-Zeitlich eine perfifche Pulverflasche aus dem 17. Jahrhundert, Maler W. Schäfer-Berlin einen Messing-Quadranten, ein Venetianifch von Düppel; Dr. Sarre-Berlin stiftete einen Mundfchild von Eisen mit Goldaufzeichnung, einen damaszinirten Säbel mit Scheide, einen Fausthammer, sogenannten Ochfenkopf, geägt und mit Elberrnaufrichtung, darin der Name Sultan Abbas (Persien 16. Jahrhundert). Vom Oberst von Streichmar-Effen kamen ein chinefifcher Panzerfcherm mit Scheide und ein eifernes chinefifches Kanonenrohr von 1641. — Der General der Infanterie **S. D. Emil v. Berger**, der an allen Kriegen seit 1848 mit großer Auszeichnung theilgenommen hat, befehlt an d. d. M. I. I. 85. Geburtsort. — Die preußifche Regierung beabfichtigt, in abfchbarer Zeit eine neue **Standesvertretung für Apotheker** ins Leben zu rufen, und zwar will es sich hierbei der „Pharm. Btg.“ zufolge um Errichtung von Apothekerkammern nach dem Vorbilde der Arztkammern handeln. In Sachfen, Baiern, Württemberg, Baden und Hessen befehen bereits Standesorganifationen für die Apotheker. Die Vorarbeiten zu der neuen Standesvertretung, die hauptfächlich von den Landapothekern angestrebt wird, find im Kultusministerium bereits in vollem Gange. — Als Sig der demnächst zu gründenden **Kolonialfchule** ift, wie gemeindet, Wittenhaufen im Regierungsbereich Stasfel gewählt worden. Die Schule wird von einer Gefellfchaft mit befehränkter Haftpflicht ins Leben gerufen, und diefer Tage gegründet worden ift unter dem Vorfig des Fürften zu Wied im Eglaffe zu Neuwied. Das Kapital beträgt 132 000 Mark. In den Auffigsorgän wurden unter Anderen gewählt: der Fürst als Vorsitzender, Langen, Lohmöhlen und Rechtsanwalt Egarth in Hamburg. — Die Meber Akademie, 1766 gestiftet von dem Marfchall Belle Isle, die über reiche Mittel verfügt und ein Panzherb des Proteftes ift, hat dem **Farver P. Gniliser**, dem Heiden des Uferschweizer Bronchitisprozesses, den Zugenpreis von 800 Mark verliehen. — Der weffälifche Provinzialaufich befchloß, für den Fall, daß die **Kanallinie Wefel — Dortmund — Ems** von Privaten ausgebaut werden sollte, die Uebernahme eines Drittels der auf 22 1/2 Millionen berechneten Kosten beim Provinziallandtage zu beantragen. — Der Bürgerausfich in Mannheim genehmigte einstimmig die **Einsverleibung** der 10 000 Einwohner zählenden **Gemeinde Neftaan**.

Berlin, 3. Juni. Die „Berl. Pol. Nachr.“ hatten den auch von uns veröffentlichten Appell gebracht, aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Berliner Schutzmannschaft zu einem Fonds zusammenzutreten, bestimmt, den Frauen und Kindern der aktiven Beamten in Krankheits- und ähnlichen Nothfällen einen sekundären Nachschuß zu gewähren. Dazu schreibt die „Nat.-Ztg.“: Wir gönnen den Schutzleuten und ihren Familien eine Verbesserung ihrer Lage, aber einen derartigen öffentlichen Appell an die Wohlthätigkeit bestimmen, deutlich bezeichneter Kreise zu Gunsten einer großen Kategorie von Staatsbeamten können wir nicht angemessen finden — am wenigsten, wenn er unter dem motivirenden Hinweis auf Leistungen erfolgt, zu denen die betreffenden Behörden und Beamten da sind, Leistungen, in denen die Staatsbürger einen Theil des staatlichen Äquivalents für die von ihnen bezahlten Steuern zu erblicken berechtigt sind. Es ist Sache des Staates, zumal unter so günstigen Finanzverhältnissen wie die jetzigen, für seine Beamten zu thun, was notwendig ist. Wäre der Gedanke, zu dem in Rede stehenden „Jubiläum“ einen Fonds zu sammeln, im Stillen den zum Geben bereiteten Seite angeregt und ausgeführt worden, so würde Niemand etwas dagegen einzuwenden haben; aber die öffentliche Anregung einer Kollekte unter dem Druck einer Begründung wie die obige scheint uns nicht angemessen.

— Der in Berlin tagende IX. evangelisch-sozialer Kongreß nahm im Verlauf seiner getragenen Sitzung nach dem Vortrage des Lic. Legius-Greifswald „über die Stellung Luthers zu den sozialen Fragen seiner Zeit“ folgenden Antrag an: 1. Der Kongreß dankt dem Referenten für seine objektiven und geschichtstreuen Darstellungen der Anschauungen Luthers über die sozialen Fragen seiner Zeit und erkennt als bedeutungsvolles Ergebnis dieser Darstellung die prinzipielle und feste Unterscheidung zwischen dem Gemeinwesen mit seinen ewigen Gütern und den staatlichen und wirtschaftlichen Ordnungen an. 2. Wenn Luther für die unter Abhebung revolutionären Umsturzes eine vertrauensvolle Anerkennung der geschichtlich gegebenen Mächte als Pflicht anerkannte, so zeigte er andererseits, wie die Kirche und die weltliche Obrigkeit in den Schranken ihres Berufs das Volksleben mit den Kräften der Billigkeit, der Gerechtigkeit und des Brudersiebes zu durchdringen habe, 3. daß wir heute auf sozialistischem Boden z. Th. anders gestellte und höhere Aufgaben im Rahmen eines nationalen Staatswesens erfüllen dürfen, bedanken wir uns nicht zum Mindesten der unvergleichlichen Kraft, mit der Luther in seiner Zeit den monarchischen Sinn gestärkt, das Pflichtgefühl der Machtthaten erweckt, das Ideal des dienenden Herrschertums aufgestellt und den thatkräftigen Gemeinfinn aller Stände belebt hat.

Hieron. sprach Prof. Dr. Stieba-Leipzig über geschichtliche, gegenwärtige und zukünftige Arbeiterorganisationen. Er fasste seine Ausführungen in folgende Leitsätze: 1. Die kaiserliche Erlasse vom 1890 leisten für den weiteren Ausbau der Sozialreform Gewähr. 2. Die Arbeitereinschüßel obgleich sie eine Vorstufe bei der Arbeiterorganisation sein könnten, haben sich in der Praxis nicht bewährt. Es werden in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und mit ihrer gegenwärtigen Kompetenzen wohl in Zukunft für die Gestaltung des Arbeitervertrages keine nennenswerte Bedeutung erlangen können. 3. Dagegen ist eine freie selbstständige Organisation der Arbeiter in eigenen Vereinen und ihre gesellschaftliche Anerkennung nicht zu entbehren. Die heutige Rechtlosigkeit für alle Vereine mit ideellen Zwecken beeinträchtigt ihre Wirksamkeit. 4. Die Arbeitervereine sind zunächst keine Kampfsorganisationen mit politischen Tendenzen. Es verfolgen vielmehr erstens wirtschaftliche und soziale Aufgaben. Seltensfalls sind die als einzige wirksame Mittel der Arbeiter, den Arbeitsvertrag ihrerseits zu beeinflussen. 5. Nicht minder notwendig sind Arbeiterkammern, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Meinungen direkt den Staatsbehörden vorbringen zu können. Die Novelle zur Gewerbeordnung, die die Bildung von Innungen begünstigt und nur den forporellen Handwerken die Teilnahme an der zu errichtenden Handwerkskammer zugesetzt, erkennt die Bedeutung der Organisation im heutigen Wirtschaftsleben an. Ihrem Grundgedanken entsprechend ist auch für die Arbeiter eine gesellschaftliche Vertretung zu fordern.

Nach bhafter Debatte ergibt sich folgender Antrag Zustimmung: „Der Kongreß dankt den Referenten für seine Ausführungen und erblickt in dessen Thesen den prägnanten und erweiterten Ausdruck der bereits aus früheren Kongressen bekannten Überzeugung, daß das berechtigte Streben der Arbeiter nach sozialer Hebung und Sicherung ihrer Interessen durch gezielte anerkannte Gewerkschaftsvereine, sowie eine Befestigung der Wechselseitigkeiten aller Vereine mit idealen Zwecken erfordert. Der Kongreß erblickt in derartigen Arbeiterorganisationen zwar kein soziales Allzumittel und verkennt auch die Bedeutung der dagegen getriebenen wirtschaftlichen Bedenken nicht, hält sie aber doch für erstrebenswert, weil er von ihnen eine erhebliche, das sittliche Gemeinwohl und den freien Staatsinn der Arbeiterklasse fördernde Einwirkung erwartet.“

— In der gestrigen Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten stand der Militäretat zur Eratragung. Gegenüber verschiedenen Anträgen erklärte hierbei der Kriegsminister Freiherr v. Aich, die Reform des Militärstrafprozeßes sei eine durch die gesetzgebenden Faktoren festgelegte vollendete Thatsache, offen sei nur noch die Frage des Obersten Gerichtshofs. Es sei bekannt, daß über diese Frage Meinungsverschiedenheiten beständen; wenn diese ausgemittelt werden sollen, müßten darüber Verhandlungen gepflogen werden. Das sei der gegenwärtige Standpunkt. Um zur gesetzmäßigen Austragung eine Grundlage zu gewinnen, ständen der Kaiser und der Prinzregent in Unterhandlung.

— Bei Aufenthalt des Prinzen Heinrich in Hongkong berichtet nach einer Newyorker Meldung der „Frankf. Ztg.“ der Chicagoer Kaufmann Post, der von Hongkong zurückgekehrt ist, über einen peinlichen Auftritt zwischen dem Prinzen Heinrich und dem amerikanischen Admiral Dewey. Der bei dem großen Bankett proponierte Trinkbruch des Prinzen auf alle Großadmirale

ließ Amerika unberücksichtigt, wobei Dewey ohne Weiteres den Saal verließ. Tags darauf sandte der Prinz eine Entschuldigung. Dewey ignorierte indessen die prinzliche Einladung zum Ball.

— Die Mitglieder der Jahresversammlung der deutschen Landesgruppe der internationalen kriminalistischen Vereinigung wurden gestern Vormittag in dem prächtigen Repräsentations-saale des Justizpalastes in München von dem Justizminister Frögn. von Leonrod mit einer Ansprache begrüßt, in welcher der Minister hervorhob, daß die Mitglieder dieser Vereinigung die Pioniere für die Reformbestrebungen in den Strafrechtswissenschaften und Strafrechtspflege seien. Die eigentliche Versammlung eröffnete später der Unterstaatssekretär z. D. Professor von Mayr-Münch, welcher den Vertreter des Reichs-Justizamtes, Geh. Ober-Regierungs-Rath von Tischenörf, sowie Vertreter der Regierungen von Baiern, Sachsen, Baden, Elsaß-Lothringen und Bremen willkommen hieß. Geh. Ober-Regierungs-Rath von Tischenörf dankte namens der Erschienenen und betonte das lebhafteste Interesse, welches die Reichsregierung und die Regierung der Bundesstaaten an den Verhandlungen nähmen. Hierauf wurde nach einer weiteren Ansprache des Professors von Visgi-Halle in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen eingetreten.

Wien, 3. Juni. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses verfügte heute, daß hinfür weder in dem Sitzungsprotokoll, noch in dem für die Journale bestimmten Berichte der offiziellen Reichsraths-Korrespondenz Zwischenrufe verzeichnet werden dürfen. Veranlassung zu dieser Verfügung bot ein gestriger Zwischenruf des Abgeordneten Gloedner gelegentlich einer Rede über das Auftreten des bösnissigen Militärs in Graz, wobei die offizielle Korrespondenz folgende Zwischenrufe meldete: „Der scheint jetzt anzufangen, an Schirneabweichung zu leiden!“ „Hufe links.“ „Wer?“ „Gloedner.“ „Der Kriegsminister.“ (Weiterfeit.) Die gesamte Presse wird energischemonstren und in weiten Kreisen erregt die Anordnung peinliche Ueberraschung.

Frankreich.
Paris, 2. Juni. Die heutige Kammer-
sitzung glich der Vorstellung in einer Menagerie.
Als Deschanel den Präsidentsitz bestieg, be-
gann die Linke zu pfeifen und zu brüllen, wäh-
rend das Centrum und die Rechte applaudirten.
Die Deputirten beschimpften einander, mehrere
wurden handgemein. Die Radikalen beschimpften
Deschanel und riefen, er habe sich der Monarchie
verkauft. Wie verlautet, agitierte Faure persönlich
für Deschanel, wodurch die Erbitterung der
Linken der Deputirtenkammer gesteigert wurde.

Warschau, 2. Juni. Auf Anordnung des Generalgouverneurs wurden Kommissionen eingesetzt zur Revision der bestehenden Verordnungen über die Polizei im Zarthum Polen, sowie des Reglements vom Jahre 1867 über die polizeiliche Veranfertigung verdächtiger Personen, endlich zur Ausarbeitung eines Plans für den polnischen Sprachunterricht an den mittleren und unteren Lehranstalten des Zarthums Polen.

In den Sitzungen des Provinzialausschusses von Pommern, die am 24. und 25. Mai d. Js. unter dem Vorsitz des Herrn Landes-Directors a. D. Dr. Frhrn. v. d. Völkz-Kreitz stattgefunden haben, wurde an Stelle des verstorbenen Landeshauptmanns Hopmann zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Provinzial-Kommission zur Erhaltung und Erforschung der Denkmäler der Provinz Pommern der Geheime Regierungsrath, Oberbürgermeister Hagen, zum Mitgliede des Marienfiskus-Kuratoriums d. r. (inzwischen zum Landeshauptmann gewählt) Landesrath v. Gersdorff-Rothke und zum stellvertretenden Mitgliede der Einkommensteuer-Verfugungskommission für den Regierungsbezirk Stettin der Rittersgutsbesitzer v. Bode auf Neuenhof gewählt. Ferner wurde der bisherige Director des Provinzial-Hebammen-Zerthutums, Sanitätsrath Dr. Bauer, auf weitere 6 Jahre neugewählt, und der Dr. Med. Hebler als zweiter Lehrer und Assistenzarzt des nachgedachten Instituts endgültig ange stellt. Zum Director der Provinzial-Freianstalt zu Treptow a. M.ega wurde der Oberarzt der Provinzial-Freianstalt zu Lauenburg i. Pomm., Dr. Merckin, vom 1. November d. Js. ab ernannt. Von dem gefassten Beschlüssen ist Folgendes zu erwähnen: Der Verwendungsplan für die vom Staate zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft für das laufende Rechnungsjahr bezugebenden 40 000 Mark und für die zu gleichem Zwecke von der Provinz bewilligten 10 000 Mark wurde genehmigt und beschloffen, für den Fall der Gewährung einer weiteren Beihilfe von Seiten des Staates diese der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern zur Gewährung von Darlehen an Pferde- und Rindviehzuchtgenossenschaften, die Reinzucht betreiben, zu überweisen. Dem Gemeindebeamtenverbande Blogow, im Kreise Köslin, wurde zu den Armenpflegelosigkeiten für 1898—99 eine Beihilfe von 400 Mark bewilligt. Der Ankauf der fiskalischen Holzabgabe bei der Zarower Mühle (Kreis Uckermark) für den Provinzialverband wurde genehmigt. An Vandalenbüßen wurden von der Pommerschen Feuer-Gesellschaft für bauliche Veränderungen, welche die Verminderung von Feuersorge bezwecken, an 75 Gebäudebesitzer Beträge von 60 bis 220 Mark gewährt; ebenso wurden Beihilfen zur Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für freiwillige Feuerwehren in Beträgen von 450 und 150 Mark bewilligt. Aus den Mitteln der Provinzial-Kassakasse von Pommern wurden 5 Antragstellern zum 1. Juli d. Js. Darlehen von zusammen 18 500 Mark und an 3 Antragsteller zum 2. Januar 1899 Darlehen von zusammen 57 000 Mark gewährt. Einem Gesuch des Magistrats zu Lauenburg an den Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten wegen Ausgestaltung des dortigen Prognostikums zu einem Vollenkammum wurde beigetreten. Die von dem Regierungs-Präsidenten zu Stralsund angeregte Vereinstellung von Provinzialmitteln zur Errichtung einer Parade für Körnerfranke (Granulose) bei der Universitäts-Augenklmnik zu Greifswald wurde abgelehnt. Der Provinzial-Ausschuß erklärte sich bereit,

den staatlichen Prämien für diejenigen Künstler und Handwerker, welche jugendliche Taubstumme als Lehrlinge annehmen und ausbilden, in dringlichen Fällen einen Zuschuß bis zum Betrage von 50 Mark zu bewilligen. Auf Grund der §§ 124 und 55 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 wurden gegen 60 Personen wegen verspäteter Anträge von Unfällen Ordnungsstrafen in Beträgen von 3 bis 10 Mark festgesetzt.

Die Sanirung der obigen Gesellschaft beschäftigt die Öffentlichkeit naturgemäß in hohem Grade und es ist deshalb erklärlich, wenn die Konvertierung der Fandbriefe, welche als eine zwingende Nothwendigkeit zu betrachten ist, da sie den sonst eintretenden Konkurs verhindert, die Presse zur Stellungnahme in dieser Frage veranlaßt. Debenarlich ist nur, daß die so nothwendig baldige Reorganisation der Gesellschaft erschwert wird, durch unmotivirte und auf Unkenntniß der Sachlage beruhende Vorschläge. Man begegnet immer wieder der Auffassung, daß die Genossenschaft als solche fortbestehen soll und bedeutend nicht, daß man es so zu sagen mit einer Liquidationsgesellschaft zu thun hat, deren baldige Auflösung dadurch ermöglicht wird, daß die Fandbriefe sowohl wie die Genossen Opfer bringen. Wir wollen hier nicht untergehen, in wie weit die Inspiratoren der in verschiedenen hiesigen Blättern erschienenen, die Art der Konversion beschimpfenden Artikel, wirklich ernste Fandbriefbesitzer sind, das aber steht fest, daß diejenigen, welche ernste Interessen vertreten, die von der Verwaltung vorgeschlagene Sanirung auch wirklich billigen. Der Fandbriefbesitzer, welcher Nationalhypotheken-Fandbriefe als Kapitalsanlage erworben hat und die vielen kleinen Leute, Wittwen, Waisen, Wohltätigkeitsanstalten zc. die Spargroschen in dem Papier angelegt haben und die durch das Aufheben jedweder Zinszahlung um einen Theil ihres täglichen Brodes gebracht würden, sind, wie uns positiv bekannt, mit der vorgeschlagenen Art der Konvertierung einverstanden und melden gefolgert große Beträge an. Wir glauben also, daß es Pflicht der Presse ist, im Interesse der vielen kleinen Leute den einzig möglichen Weg der Sanirung, das ist der von der jetzigen, vollständig unabhängigen Direction vorgeschlagene, zu acceptiren. Den Genossen ist in Mündigkeit darauf, daß unter ihnen sich solche befinden, die nicht im Stande sind, die neuen Antheile sofort zu bezahlen, bis 1. Juli 1899 Frist gewährt worden, die 2000 Mark einzuzahlen, der Art, daß 1000 Mark am 1. Juli d. J. und je 500. Mark am 1. Januar und

3. und 4. 1000 Mark am 1. Januar und 1. Juli 1899 gezahlt werden müssen; würde man also an die Pfandbriefbesitzer erst herantreten, nachdem die Genossen ihrer Einzahlungspflicht genügt haben, so hätte dieses lediglich den Zweck, die ganze Angelegenheit auf circa 1½ Jahre hinaus zu verschleppen und beiden Theilen weitere erhebliche Verluste zuzufügen. Die von dem Vorstand in der zu dem Anlauf gegebenen redaktionellen Notiz einander gegenüber gestellten Eventualitäten können in Rücksicht darauf, daß dieser Vorstand an den vorerwähnten unangünstigen Verhältnissen absolut schuldlos ist, nicht als schroff bezeichnet werden, die mehr müssen wir die kategorische Art der Auffassung des Kommuniqués als vollständig richtig erklären, da die Verwaltung nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie in klarer, unverbiimter Weise den Pfandbriefbesitzern die Konsequenzen von Anlässen führt, welche ihnen im Falle der Nichtkonfektionierung erwachsen würden. Die Pfandbriefbesitzer sind übrigens, wie aus dem Kontertionsaufsatz klipp und klar hervorgeht, an nichts gebunden und erhalten ihre Pfandbriefe zurück, wenn das Anerbieten nicht acceptirt wird. Der Garantiefonds von 500 000 Mark ist nummervorhanden und die Genossen werden die Einzahlungen leisten, falls die Pfandbriefbesitzer die Konfektionierung annehmen. Die Erhöhung der Geschäfts-Anteile würde zwecklos sein und den Konkurs nicht aufhalten, wenn die Pfandbriefbesitzer nicht konfertiern, da hierdurch das fälschliche Defizit nicht vermindern könnte. Andererseits hätte eine vorüberige, bedingungslose Leistung der Genossen nur die Wirkung, daß der Garantiefonds allen Pfandbriefbesitzern dienen, also die nicht zustimmenden vor den konfertiern den bezorgten würde, während doch die umgekehrte Absicht erreicht werden soll. Die Aufbringung der neuen Geschäftsanteile und des Garantiefonds bedeutet in Anbetracht des Umfanges, daß die Genossen nicht zum Zweck der Kapitalsanlage in Anteilen, sondern um ein Kreditbedürfnis zu befriedigen, der Genossenschaft beigetragen sind, größere Opfer, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Verwaltung will deshalb den Pfandbriefbesitzern nicht Verpredungen machen, welche sie nicht halten kann. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Genossen nach Tilgung der Unterbilanz und Wiederherstellung des Reservefonds noch die Betriebsmittel zur Fortführung der Geschäfte — wie dies bei ähnlichen Eintritten die Absicht war — aufräumen können; das Ziel des Vorstandes ist demnach eine möglichst baldige Auflösung der Genossenschaft und damit die Rückzahlung der Kapitalbeträge an die Pfandbriefbesitzer. Diese Verpflichtung wird die Genossenschaft erfüllen, doch würde eine weiter geforderte hohe Verzinsung der Pfandbriefe neben Zahlung von Zuschlägen, wie bisher, ungewissheit den Ruin der Gesellschaft herbeiführen. Der Konfektionierungsvorschlag ist demnach kein auf Gewinn berechnetes Vorgehen, sondern ein durch die thatsächlichen Verhältnisse bedingter, wohlüberdachter und annehmbarer Vergleich. Die Annahme desselben bietet die Gewähr zur Vermeidung größerer Verluste, welche im Falle des Konkurses beide Theile unnötiger Weise, jedoch in unterschiedenbarem Umfange treffen würden. Wir glauben demnach wohl annehmen zu können, daß die ernsthaften Pfandbriefbesitzer den Vorschlägen des Vorstandes zustimmen werden, schon in Rücksicht darauf, daß sich der größte Theil der Pfandbriefe im Besitz solcher Leute befindet, die Zins- und Kapitalerzins, wie bereits oben angedeutet, sehr schwer treffen würde. Wenn die Wissenschaft der Gedanke vorherrschen mag, daß es sich um ein agrarisches Institut handelt, dessen Genossen sich zum größten Theil aus Agrariern zusammenfugen, so sollte man doch auch die Menschlichkeit zu Worte kommen lassen und eine

26,65, per September-Dezember 23,70. Roggen
ruhig, per Juni 19,75, per September-Dezember
14,75. Mehl fallend, per Juni 62,05, per Juli
60,85, per Juli-August 59,45, per September-
Dezember 53,85. Mühl fest, per Juni 55,00,
per Juli 55,00, per Juli-August 55,00, per Sep-
tember-Dezember 55,50. Spiritus beh., per Juni
48,75, per Juli 48,75, per Juli-August 48,50,
per September-Dezember 45,50. — Wetter:
Aufklärend.

Havre, 2. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min.
(Telegramm der Hamburger Firma Weinmann,
Biegler & Co.) Kaffee good average Santos
per Juni 36,75, per September 37,25, per De-
zember 37,75. Hauptk.

London, 2. Juni. Chili-Kupfer
50,87, per drei Monate 51,12.

London, 2. Juni. Kupfer. Chili-
bars good ordinary brands 51 Sfr. — Sh. — d.
3 in n (Straits) 67 Sfr. 12 Sh. 6 d. Zink
19 Sfr. 7 Sh. 6 d. Blei 13 Sfr. 12 Sh.
6 d. Notheisen. Mixed numbers warrant-
able 20 Sh.

12,62, stetig. Rüben-Mohnder loco 911/16,
Käufer ruhig. Centrifugal —.—.
London, 2. Juni. An der Küste 1 Weizen-
ladung angeboten.
Glasgow, 2. Juni. Nachm. Rohseifen.
(Schluß). Milled numbers warrants 46 Sh.
1 d. Warrants middlesborough III. 40 Sh.
1 d.

Newyork, 2. Juni. (Anfangskourse.)		
Weizen per September 82,75. Mais per September 38,37.		
Newyork, 2. Juni, Abends 6 Uhr.		
	2.	1.
Vaumwolle in Newyork	6,50	6 ¹ / ₁₆
do. Lieferung per Juni	—	6,42
do. Lieferung per August	—	6,20
do. in Neworleans	6 ¹ / ₁₆	6 ¹ / ₁₆
Petroleum, raff. (in Cases)	6,80	6,80
Standard white in Newyork	6,15	6,15
do. in Philadelphia	6,10	6,10
Credit Balances at Oil City Febr.	86,00	86,00
Schmalz Weßtern fram.	6,40	6,40
do. Rohe und Brokers	6,60	6,60
Zucker Fair refining Moscovados	3,75	3,75
Weizen feinst.		
Roher Winterweizen loco	nom.	nom.
per Juli	97,75	100,12
per September	84 00	83,75
per December	82,00	82,00
Kaffee Rio Nr. 7 loco	6,50	6,50
per Juli	5 85	5,85
per September	5 95	5,95
Mehl (Spring-Wheat clears)	4,75	4,95
mais feinst.		

per Juli	38,25	38,00
per September	39,00	38,75
per Dezember	39,57	39,12
Kupfer	12,00	12,00
Zinn	14,85	14,85
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

Chicago, 2. Juni.

	2.	1.
Weizen fest, per Juli	91,87	91,87
per September	79,00	78,50
Mais fest, per Juli	33,37	33,00
Rohr per Juni	10,87 $\frac{1}{2}$	11,17 $\frac{1}{2}$
Speck short clear	6,25	6,25

Wollberichte.

Bradford, 2. Juni. In Wollen mehr Geschäft. Preise unverändert. Mohairwolle fester. Garne gedrückt, Mohairgarne jedoch 2 Pence höher. Stoffe für Amerika ruhig, in feiner aber ziemlich lebhaftes Geschäft.

Bankwesen.

Paris, 2. Juni. Banksausweis.
Barvorrath in Gold Franks 1 866 962 000, Abnahme 2 792 000.
Barvorrath in Silber Franks 1 228 628 000, Zunahme 1 529 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 860 243 000, Zunahme 38 443 000.
Notenumlauf Franks 3 717 383 000, Zunahme 63 518 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 534 822 000, Abnahme 40 032 000.
Guthaben des Staatsfiskales Franks 223 846 000, Zunahme 5 574 000.
Gesamt = Vorräthige Franks 388 233 000, Zunahme 2 926 000.
Zins- und Diskont-Erträge Franks 9 918 000, Zunahme 506 000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Barvorrath 83,27 Prozent.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 3. Juni. Mehrere Blätter melden, daß General Warhal in diesen Tagen zum belgischen Kriegsminister ernannt werden soll.

London, 3. Juni. Aus Key-West kommt die Nachricht, daß gestern das Kanonenboot „Seiden“ die Besatzungen von Cardenas bombardirt habe. Alles soll zerstört sein.

London, 3. Juni. „Daily News“ meldet aus Key-West: Die Nachricht über das Eingangen des spanischen Transportdampfers „Alphon XIII.“ ist völlig erfinden.

London, 3. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Newyork, daß der erste Theil der Expedition der nach Santiago bestimmten Truppen gestern aus Key-West abgegangen ist. Wie bekannt, sollen in der nächsten Tage weitere Truppen

Newyork, 3. Juni. Ein Telegramm aus Port au Prince meldet, daß die Amerikaner die Beziehung von Santiago wieder aufgenommen hätten. Sie werden unterstützt von 3000 Insurgenten, die sich in den letzten zwei Tagen in der Umgegend der Stadt versammelt hatten. Weitere Einzelheiten über den Kampf fehlen noch.

Washington, 3. Juni. Die amerikanische Kammer hat gestern die geforderten Kriegsbeträge in Höhe von 18 Millionen Dollars angenommen. Ein Abgeordneter schnitt die Frage an, wieviel der Krieg Amerika kosten werde, wenn er ein Jahr dauere? Es wurde geantwortet, daß der Krieg unter den Umständen 600 Mill. Dollars kosten werde.

Key-West, 3. Juni. Ein Telegramm aus Kingston meldet, daß der amerikanische Hilfskreuzer „Yale“ nach einer dreißigtägigen Jagd den spanischen Dampfer „Brissana Concepcion“ eingebracht hat. Der Werth der Ladung wird auf 105 000 Dollars geschätzt.

Wasserstand.

* **Stettin**, 3. Juni. Im Meßler 5,47 Meter = 17' 5".